

**Emil Brix, Jürgen Nautz,
Rita Trattnigg,
Werner Wutscher (eds.)
State and Civil Society**

State and Civil Society. Ed. by Emil Brix, Jürgen Nautz, Rita Trattnigg, Werner Wutscher. Wien: Passagen Verlag, 2008. 251 S. € 28,90, sFr 50,58.

ISBN 978-385165-829-3

Rezensiert von Walter Spielmann



Passagen Verlag

Aktuelle Bücher zu Partizipation und Governance, vorgestellt im Auftrag des österreichischen Lebensministeriums für www.partizipation.at

Demokratie als permanenter Prozess

Die 14 Beiträge dieses Bandes gehen im Wesentlichen auf eine Konferenz zurück, die 2006 an der Diplomatischen Akademie in Wien in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Forschungsgesellschaft und dem Lebensministerium durchgeführt wurde. Vielfältig und differenziert thematisieren die AutorInnen den aktuellen Status und Perspektiven im Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft [im Folgenden: Civil Society (CS)] und Europäischer Union, wobei durchgehend auf die wachsende Bedeutung der CS und die Notwendigkeit der Kooperation mit den traditionellen Instanzen staatlichen Handelns verwiesen wird, um „Good Governance“ und Nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Einleitend diskutiert Jürgen Kocka zentrale Aspekte der CS in Europa, deren Wurzeln bis ins 17. Jahrhundert zurückreichen. Grundsätzlich, so der Autor weiter, sei CS geprägt durch (1.) ihre Einbettung im öffentlichen Raum, (2.) Selbstorganisation und individuelle Unabhängigkeit, (3.) eine positive Einstellung gegenüber Vielfalt, und Akzeptanz daraus sich ergebender Spannungen, (4.) das Prinzip der Gewaltlosigkeit sowie (5.) die Orientierung an globalen Themen. Trotz einer insgesamt positiven Bilanz der aktuellen zivilgesellschaftlichen Entwicklung benennt Kocka abschließend auch Defizite wie etwa die mangelnde Einbindung jüngerer und älterer Menschen sowie das Fehlen einer hinreichenden Präsenz auf europäischer Ebene. Im Folgenden skizziert Phillipe C. Schmitter stimulierende Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement: seitens der Politik zählen dazu unter anderem der Zugang zu Prozessen der Entscheidungsfindung, Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie die Nichteinmischung in interne Angelegenheiten; Freiwilligkeit, soziale Kompetenz, Vertrauen und Altruismus werden hingegen als individuelle Voraussetzungen benannt. Traditionelle und neue Formen von „Governing“ sind Thema Jan Kubiks, der den Weg von nicht-transparenten und oppositionellen Ausformungen hin zu legalen und rechtlich geschützten Ausprägungen der CS nachzeichnet. In demokratischen Gesellschaften hätte die CS unter anderem die Rolle des Agenda-Setting und Monitoring (von Rechtsprechung und Finanzwesen) sowie der Gewährleistung kultureller Vielfalt eingenommen, bilanziert Kubik. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Zusammenhang von Demokratie, Familie und CS (Paul Ginsborg), dem Gender-Aspekt (Sibylle Hardmeier) oder beleuchten österreichische Spezifika: Emil Brix verweist etwa auf die Stärkung des CS-Sektors in der österreichischen Politik, fordert aber auch mehr Transparenz und öffentlichen Raum für Prozesse der Entscheidungsfindung (vgl. S. 73). Ausgehend von einer weiten Definition von „Governance“ - nach Joseph Ney eine „kollektive Interaktion mit signifikanten öffentlichen Folgen“ - stellt Werner Wutscher zum einen budgetäre Einschränkungen und in der Folge Initiativen zur Entstaatlichung als

treibende Kräfte österreichischer Reformpolitik heraus und bemängelt zudem eine permanente „Administration der Reform“ anstelle einer seit Jahren diskutierten, aber nicht in Angriff genommenen „Reform der Administration“ (S. 187). Im Prozess der europäischen Integration würden jedoch zunehmend neue politische Instrumente wie Multi-Stakeholder-Dialoge an Bedeutung gewinnen, die Impulse auch in Richtung von „Good Governance“ erkennen lassen.

CS auf europäischer Ebene

Eine Reihe von Kapiteln ist der Rolle der CS im Kontext der EU gewidmet. So präsentiert etwa die Politologin Gerda Falkner Ergebnisse einer Studie, die die Umsetzung von EU-Recht auf nationaler Ebene zum Gegenstand hatte. Grundsätzlich sei festzustellen, dass die Implementierung von EU-Richtlinien „im besten Fall als eines von vielen Zielen in der Welt der heimischen Politik angesehen werde“. So wurden 11% der 90 untersuchten Vorgaben fristgerecht, aber nicht weniger als 69% erst mit bis zu zwei Jahren Verspätung in nationales Recht integriert (S. 77f.). Besonders problematisch sei diesbezüglich die Situation in den neuen Mitgliedsstaaten. Weitere Befunde zeigen, dass die Rolle privater Akteure auf EU-Ebene in hohem Maß von nationalen Traditionen bestimmt wird. Einen vergleichenden Blick auf die quantitative wie auch qualitative Bedeutung von CS-Aktivitäten in Brüssel bietet ein weiterer Beitrag. Der „Active Citizenship“, deren Förderung die Programme ETGAGE und RE-ETGAGE zum Ziel hatten, bedeute mehr als den Vollzug des Wahlrechts, sondern wird als Quelle menschlicher Freiheit definiert, die in der Wahrnehmung persönlicher Interessen im öffentlichen Raum zum Tragen kommt (vgl. S. 131f.). Wenig überraschend ist CS-Engagement in Europa unterschiedlich ausgeprägt. Generell nehmen die skandinavischen Staaten, Finnland, die Niederlande und Belgien Spitzenpositionen ein, in diesen Ländern das Interesse für globale Themen besonders ausgeprägt ist; in weit geringerem Maße hingegen sind Menschen in den osteuropäischen Staaten für CS-Aktivitäten zu motivieren. Generell ist zudem festzustellen, dass die Bereitschaft, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren, zwischen 1980 und 1990 durchwegs zugenommen hat, in der folgenden Dekade aber in nicht weniger als 14 Staaten teils deutlich zurückgegangen ist. Gegen diesen Trend verläuft unter anderem die Entwicklung in Österreich, wo eine leichte Steigerung auszumachen ist. Ein Blick auf die Zahl der Vertretung nationaler Gruppen in internationalen NGOs und deren Präsenz im Europarat (Frankreich: 90, Schweiz: 32, Österreich: 13) sowie ein Ranking europäischer Staaten nach dem „Index of Global Civil Society“ (S. 160) runden dieses Kapitel ab.

CS im Kontext der Nachhaltigkeit

Und wie ist es um zivilgesellschaftliches Engagement im Kontext nachhaltige Entwicklung bestellt? Emanuel Richter stellt in seinem Beitrag zunächst die Dimensionen „konventioneller Sustainability“ - Zeit, Raum und ‚Substanz‘ - zur Diskussion und wendet sich dabei insbesondere aufgrund der inter- bzw. transgenerationalen Dimension von Nachhaltigkeit gegen eine „Ethik des Verzichts“ (S. 93); vorzusehen sei „prudent reflexivity“. Nachhaltigkeit, so Richter weiter, sei im Grunde kein normatives Konzept, ‚that is able to equally guide all individuals on the globe. Instead, it remains bound to specific contexts of sustainable reaction.‘ (S. 95). Der konventionelle Ansatz von Nachhaltigkeit müsse neben einer Beschreibung der globalen Herausforderungen insbesondere die Möglichkeiten der politischen Reaktion sowie der normativen Folgen mit berücksichtigen, fordert der an der Universität Aachen lehrende Politologe. In eine ähnliche Richtung zielt auch Mitherausgeberin Rita Trattnigg, die sich dem Zusammenhang von nachhaltige Entwicklung und Partizipation widmet. In ihrem ausführlichen Beitrag plädiert sie dafür, Menschen zu sensibilisieren, anstatt zu instrumentalisieren. Offenheit, eine klare Definition von Zuständigkeiten, sachliche Kohärenz und Verständlichkeit seien, so Trattnigg, zentrale Voraussetzungen gelingender Partizipation. Mit Blick auf diverse aktuelle Aktivitäten zur Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie in Österreich, die maßgeblich vom Lebensministerium getragen werden, regt die Autorin insbesondere die Implementierung eines „Code of Conduct“ an, der partizipativen Aspekten eine zentrale Bedeutung einräumt. Die Förderung von Nachhaltigkeitsprozessen auf regionaler und lokaler Ebene, der Ausbau einschlägiger Forschung, Erziehung und Information sowie die verstärkte Einbindung vor allem

junge und ältere Menschen und nicht zuletzt von BürgerInnen mit Migrationshintergrund werden als zentrale Anliegen für die Zukunft benannt.

Der Band gibt einen ausgezeichneten, differenzierten Überblick über den aktuellen Stand und Perspektiven zum Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft und übertrifft in vieler Hinsicht die Erwartungen, die für gewöhnlich mit der Dokumentation einer Fachtagung verbunden sind.

ZITIERT

„Sustainability remains bound to discourses, to controversies about the „good life“, and to debates about the collective protection of „life quality“ under the conditions of collective coexistence.“ E. Richter, S. 96



Mehr Rezensionen finden Sie in **PRO ZUKUNFT**, dem seit 1986 von der Robert-Jungk-Bibliothek herausgegeben „Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen“ mit jeweils ca. 50 vorgestellten Neuerscheinungen.